



## DIE STEIGENDE TÜRKENFEINDLICHKEIT IN EUROPA *THE INCREASING TURKISH HOSTILITY IN EUROPA*

Mustafa ÖZALP\*

### Zusammenfassung

Durch die sozioökonomische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen sind die TürkInnen in der EU in den letzten Jahren noch mehr Präsenz geworden. Während in der EU über die TürkInnen diskutiert wird, wird der Islam auch im Zusammenhang mit den türkischen Migranten zu der Öffentlichkeit gebracht. Die TürkInnen sind Moslems und die Moslems werden in Europa generell als TürkInnen betrachtet und gleichgestellt. Es gibt weltweit eine Islamophobie, diese Phobie hat natürlich Auswirkungen auf die Darstellung der TürkInnen in Europa. In diesem Artikel wird beschrieben, wie die TürkInnen in der EU im öffentlichen Raum dargestellt und präsentiert werden. Bei dieser Darstellung wird die Türkenfeindlichkeit mit ihren Hintergründen gründlich analysiert. Bei dieser Darstellung wird die Türkenfeindlichkeit mit ihren Hintergründen analysiert: Diese Hintergründe sind: Erstens, die historische Ereignisse, wie die doppelte Belagerung Wiens des Osmanischen Reiches. Zweites, die Flüchtlingsströme nach dem arabischen Frühling nach Europa (Migration und Integrationsprobleme) und drittens, die Auswirkungen der türkisch-europäischen wirtschaftlichen Entwicklungen auf die hetzerischen und rechtsextremistischen Erklärungen.

**Schlüsselwörter:** Feindlichkeit, Türkei-EU, Flüchtlinge und Wirtschaft

### Abstract

Turks have begun to take more place in the European Union (EU) agenda than in previous years with the changing social and socio-economic developments. Within the EU, Turks are often brought together with Islam and brought to the agenda by integrating them on the subject of immigrants. In Europe, the concepts of "Turkish" and "Muslim" are generally perceived and used as equivalent. Anti-Islamism (Islamophobia), which is widespread in the world, affects the way in which the Turks arrive in Europe. In this study, the situation of coming of the Turks in European society was discussed; It has been tried to be analyzed around the basic reasons behind the Turkish hostility. In this context, firstly, the issue of history analyzed with taken up in the context of Vienna's two-time encirclement by the Ottomans, followed by the phenomenon of the migration of the Arab Spring, and finally, in terms of extreme right and radical tendencies due to economic developments between Turkey and Europe.

**Keywords:** Hostility, Turkey-EU, Immigrants and the Economy.

### 1. Einleitung

Seit dem zweiten Weltkrieg waren die Beziehungen zwischen Europa und der Türkei immer wieder durch gegenseitige Vorwürfe und wenigem Vertrauen geprägt. Generell kann man sagen, dass die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU eher abgehärtet jedoch stabil waren, aber sich die Beziehungen nach dem Arabischen Frühling (2010) eher verschlechtert haben.

Es gibt viele Gründe für die in Europa steigende Türkenfeindlichkeit (und/oder Turkeophobie) und dem gleichzeitig steigendem rechtspopulistische Radikalismus. Als erster Hauptgrund sind die geschichtlichen Ereignisse in den Köpfen. Vor allem die erste und zweite Türkenbelagerung vom osmanischen Reich im Jahre 1529 und 1683 haben große Auswirkungen auf die jetzigen Beziehungen zwischen Europa und der Türkei.

Der zweite wichtigste Hauptgrund ist, die Abstürze einiger Diktatoren in den Nahe- und Mittelöstlichen arabischen Länder. Durch den Absturz wurden diese Länder noch mehr destabilisiert. So mussten hunderttausende Flüchtlinge über die Türkei und auch der Umgebung von der Türkei nach Europa flüchten. Durch diese immer instabil werdende Lage in den muslimischen Ländern sind viele Menschen nach Westen geflüchtet (Ercan, 2014: 31-32). Da die meisten TürkInnen Muslime sind werden in Europa automatisch alle Muslime als TürkInnen betrachtet. In diesem Zusammenhang fühlt sich Europa in einer Bedrohung, dass es in den nächsten Jahren enorm viele Flüchtlinge (gleichgestellte Türken-Moslems) nach europäischen Städten auswandern werden. In diesem Zusammenhang sollten die europäische PolitikerInnen mehr Verantwortung übernehmen, um die Gesellschaft zusammen halten zu können. Wie der ehemalige

---

\* Assist. Prof. Dr. Bozok Universität, Faculty of economics and administrative Sciences, International Relations in Yozgat/ Türkei.  
mustafa.ozalp@bozok.deu.tr

Die oben genannten Artikel wurde von mir bei der International Social Sciences and Humanities Berlin Conference am 20. Mai 2017 präsentiert.



deutsche Bundespräsident Christian Wulff sagte, dass „Der Islam gehört zu Deutschland“ (Vollk, 2015: 14-15) ist, gehört der Islam auch zu Europa. Diese Tatsache kann nicht vernachlässigt werden. Die Muslim/innen (Türkinnen) hoffen, dass sich die alle europäischen PolitikerInnen diesbezüglich an Christian Wulff orientieren.

Als dritter wichtiger Hauptgrund kann man das geringe oder gar wenig anhaltende Bruttoinlandsprodukt und das nicht existierende Wirtschaftswachstum in den europäischen Ländern nennen. Die steigende Arbeitslosigkeit und das nachlassende Einkommen der Familien sind ein Grund für die zunehmende Türkenfeindlichkeit.

Ein weiterer Grund für die steigende Türkenfeindlichkeit (und /oder Phobie) ist die steigende wirtschaftliche Entwicklung der Türkei. Die AKP Partei, welche seit den letzten zehn Jahren regiert, zeigte, dass die Türkei nicht immer von dem EU-Beitrittsprozess abhängig sein sollte. Nach diesen Ansichten wurde das türkische wirtschaftspolitische und sozioökonomische Interesse nicht mehr nur nach Europa gelenkt, sondern auch auf die des Zentralasiens (Russland- Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit), dem Nahen-Mittelosten und Afrika erweitert. Durch diese erweiternde Beziehung zwischen den aufgezählten Ländern bzw. das wenige werdende Interesse der Türkei zum EU-Beitrittsprozess, konnte die Türkei mehr unabhängige Politik betreiben. Danach nahmen die radikalen Aussagen zwischen europäischen und türkischen Politikern zu. Diese zunehmenden Erklärungen verursachten zu steigende Türkenfeindlichkeit in Europa.

## 2. Die Belagerung Wiens durch das Osmanische Reich

Die Stadt Wien wurde zwei Mal vom osmanischen Reich 1529 und 1683 belagert. Seit der letzten Belagerung wird dieser Krieg in Österreich bei nationalen Erinnerungsorten durch Gedenktage und Jubiläen intensiv diskutiert und auch der Vorgang des Jubilierens selbst zum Thema gebracht und gemacht (Rauscher, 2).

Des ersten Jubiläums Gedenktag war aus dem Jahre 1783 die erste Säkularfeier. Das 100 jährige Jubiläum sollte anlässlich der feierlichen Prozessionen, seitens der Kirche, Dynastie/Staat und Stadt dem erfolgreichen Entsatz Wiens und dem Sieg über dem islamisch-türkischen „Erbfeind“ gedacht wurde, ein letztes Mal begangen wird (Rauscher, 36). Bei dieser Jubiläumsfeier wurden zwar an manchen Stellen Stereotype Feindbilder, die den Osmanen als „Erbfeind der Christenheit“ anhafteten verwendet aber spielten keine große Rolle (Rauscher, 36-37).

Der zweite Jubiläums-Gedenktag der Türkenbelagerung im Jahre 1883 war völlig anders. Weil die Gewichtung der Protagonisten auf christlicher Seite ist bereits 1883 eine deutliche Nationalisierung des Gedenkens festzustellen hatte. Der deutsche Historiker vom Institut für Geschichte der Universität Wien Peter Rauscher mit folgenden Sätzen analysiert, wie die Situation anlässlich der 200-Jahres-Feier 1883 war:

*„Die politischen Spannungen zwischen liberalen und konservativen Kräften auf der einen und Stadt und Dynastie auf der anderen Seite, führten zu einem partiellen Auseinanderdriften des Gedenkens... Auch das Feindbild weist zwei neue Züge auf: Die Türken blieben zwar der Erbfeind der Christenheit, ihnen wurde nun aber zusätzlich auch „asiatische Barbarei“ zugeschrieben...Diese Tendenzen wurden anlässlich des 250-jährigen Jubiläums weiter verschärft. Während 1933 die Stadt als Träger des Gedenkens ausfiel, zelebrierten Kirche und christsoziale Staatsführung im Rahmen des Deutschen Katholikentags den Sieg von 1683 ganz im deutschnationalen Sinn. „Deutschland“, „Christenheit“ und „Heldenzeitalter Österreichs“ bildeten die positiv besetzten Schlüsselbegriffe, während die Türken mit Sozialismus und barbarischen Feind aus dem Osten gleichgesetzt wurden“ (Rauscher, 37).*

Während des 100-Jahr-Jubiläums der Türkenbefreiung würdigte vor allem das Haus Habsburg als Bollwerk des katholischen Europa gegen die Ungläubigen Osmanen, und beim 200-Jahr-Jubiläum 1883 wurde die Verbindung von Christen- und Deutschtum betont und die Rolle des Polenkönigs Jan Sobieski eher in den Hintergrund gedrängt (Krimms, 2011: 25). Beim Allgemeinen Deutschen Katholikentag (bezüglich des 250-Jahr-Jubiläums) wurde die Türkenbefreiung von dem österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß als die Osmanengefahr der Vergangenheit mit der aktuellen Gefahr aus dem Osten verglichen. Und weiteres im Jahre 1983 hatte Papst Johannes Paul II zum 300-Jahr-Feier der Türkenbelagerung Wiens besucht und Sobieski wurde auch damals als Landsmann gefeiert (Krimms, 2011: 25). Im Jahre 2002 in einem Interview antwortete der St. Pöltner Diözesanbischofs Kurt Krenn, auf die Frage der Existenz eines Kampfes zwischen Islam und abendländischem Christentum *„Zwei Türkenbelagerungen waren schon, die dritte haben wir jetzt“* (Bittmann, 2011: 147).

Durch die Erste und Zweite Türkenbelagerung wurden in Europa eine eigene und bestimmte Erinnerungskultur gebildet. Deswegen die Erinnerungskultur der Türkenbelagerung mehr über die jeweilige Gegenwart als über die geschichtliche Vergangenheit aussagt. Bei der Entstehung dieser Erinnerungskultur spielen die Erklärungen der rechtsextremistischen Parteien eine enorm große Rolle. Die



Türkenbelagerung wird nach wie vor in Europa nicht mehr historisch wissenschaftlich betrachtet, sondern werden darüber politisch und religiös motivierte Diskussionen geführt. Diese Diskussionen verursachen immer wieder anhand von Türken Bedrohungsszenarien aufzubauen und Ängste zu schüren. Durch die Tagespolitik werden die Denkmäler der Türkenbelagerung noch mehr aktuell erhalten. Diesbezüglich sagt der österreichische ORF Redakteur Adalbert Krims „Die meisten Österreicher haben in ihrer Schulzeit mehr über die beiden Türkenbelagerungen Wiens gehört als über die zwei Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts“ (Krims, 2011: 25). Zum Schluss konfrontiert Europa mir eine steigende Türkenfeindlichkeit.

Wegen den Türkenbelagerungen, ist die Türkenfeindlichkeit in Österreich höher als in den anderen europäischen Staaten. Bezüglich betont der österreichische Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer: „Keine andere Volksgruppe wird von den Österreichern so negativ beurteilt wie die Türken“, und weiteres erwähnt der Integrationsexperte Kenan Güngör: „Ich habe in der Schweiz und in Deutschland gelebt – und muss leider sagen: Ich kenne kein Land mit einer so starken Türkenfeindlichkeit wie Österreich (Krims, 2011: 24). Der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union werden seitens Österreich sehr scharf kritisiert als die anderen EU Mitglieder. Seit dem Jahre 2005, dem die Türkei als Kandidat zu den Beitrittsverhandlungen zur EU-Mitgliedschaft angefangen hatte, blockierten die Österreichische Außenminister wie Ursula Plassnik, Michael Spindelegger und Sebastian Kurz die Eröffnung der Kapitel zum Beitrittsprozess der Türkei zur EU. Die öfteren Blockierungen führen auch zur Türkenfeindlichkeit in Österreich.

Hinter der höchsten und steigenden Türkenfeindlichkeit in Österreich stecken die Erinnerungskultur und die Denkmäler der Türkenbelagerungen. Dieses Verhältnis beeinflusst auch die Beschreibung der Türklinnen, die auch in den anderen europäischen Staaten lebenden Türklinnen (Özalp, 2017: 129-130).

### **3. Die Flüchtlingsströme nach der Arabische Frühling nach Europa**

Durch den Arabischen Frühling verlangte die Bevölkerung der arabischen Staaten ihre Demokratie, Meinungsäußerungsfreiheit und die gerechte Verteilung ihrer staatlichen Ressourcen. Nach dem der Volksaufstand Ende des Jahres 2010 in Tunesien ausbrach, verbreiteten sich diese Aufstände auf die Länder Ägypten, Libyen, Algerien, Jordanien, Libanon, Bahrain und Syrien. Die Demonstrationen und die Massen Bewegungen in diesen Ländern entstanden zuerst friedlich, damit die Bevölkerung dieser Länder an der Regierung noch mehr Recht und Pflicht haben können. Die westlichen Staaten haben am Anfang des Arabischen Frühlings diese Massen Bewegungen unterstützt. Durch die politisch und strategisch falsche Unterstützung der westlichen Staaten sind diese Demonstrationen auf einen Bürgerkrieg in den arabischen Ländern umgewandelt worden. Das größte Beispiel ist die aktuelle Lage Syriens. In Syrien hat man am Anfang friedlich mit den Demonstrationen begonnenen und nicht zu einem Bürgerkrieg umgewandelt, sondern führte auch in Syrien zu einem mehrdimensionalen Stellvertreter Krieg. Den mehrdimensionalen Stellvertreter Krieg führende Länder in Syrien sind auf der einer Seite die westliche Länder wie USA, England, Deutschland und Frankreich und auf der anderen Seite die östliche Länder wie Russland, Iran und China (Ercan, 2012: 7). Nach dem Arabische Frühling bis heute hat sich im Nahen- und Mittelosten sozioökonomisch und wirtschaftspolitisch enorm vieles verändert. Wie zum Beispiel die Diktatoren, die Zeynel Abidin Bin Ali von Tunesien, Hüsnü Mübarek vom Ägypten, Kaddafi vom Libyen sind gestürzt. Nach dem Sturz dieser Diktatoren sind diese Staaten noch mehr instabil geworden. Die schwerste und größte Instabilität herrscht in Syrien.

Seit dem Anfang des Jahres 2011 bis heute der Bürgerkrieg in Syrien ausbrach, sind derzeit etwa 12 Millionen Syrer auf der Flucht. Vier Millionen Syrer sind in den Nachbarländern ausgewandert, davon hat die Türkei mit 2,7 Millionen mit den größten Anteil der syrischen Flüchtlinge aufgenommen. Der Flüchtlingsstrom und die irreguläre Migration nach der Ereignisse der Arabischen Frühling aus dem Nahen- und Mittelosten zu den europäischen Staaten haben grundlegende gesellschaftliche Parameter im gesamten europäischen Raum verschoben (Gezer, Songür, 2016: 2). Der zunehmende Flüchtlingsstrom aus den arabischen Staaten über die Türkei nach Europa brach das Thema Migration-Integration auf der politischen Tagesordnung der EU als Hauptthema. Seit den letzten Jahren wird über die Türkei in Europa bezüglich der Flüchtlingsstrom aus Syrien über die Türkei nach Europa noch viel und heftig diskutiert. Der Türkei wird seitens der EU vorgeworfen, dass die Türkei ihre Grenze für die Europäische Sicherheit nicht festhält und sichert. Die Flüchtlingskrise hat zu einer ernsthaften Polarisierung innerhalb der EU-Staaten geführt, weil die EU Staaten über die Verteilung der Flüchtlinge nicht einstimmig waren. Die Flüchtlinge wurden in Europa sowohl nicht gerecht verteilt, gaben auch keine stärkere Unterstützung an Erstaufnahmeländern für syrische Flüchtlinge wie Jordanien, Libanon und Türkei (Saufert, 2015: 2). Es gab auch keinen Kampf gegen den Menschen-Schmuggler mehr. So wurden viele Flüchtlinge von den Menschen-Schmugglern mistbraucht und sind in dem Ägäischen- und Mittelmeer ertrunken. Dies hat natürlich die Glaubwürdigkeit der europäischen Staaten als internationaler Akteur erschüttert (Gezer, Songür, 216: 2). Durch die zunehmenden



Flüchtlinge werden in Europa die Migranten und auch die Flüchtlinge vorwiegend aus sicherheitspolitischer Perspektive betrachtet. Die Mehrheit der Flüchtlinge sind Moslems. Die Moslems werden in Europa eher gleich gestellte Türklinnen gemeint und verstanden. Wegen den hetzerischen und rechtsextremistischen Erklärungen der PolitikerInnen wird das Thema Migration-Integration und/oder Flüchtlinge von vielen Europäern als Bedrohung und/oder Angstmacherei angesehen und mit der Islamfeindlichkeit verknüpft.

Bezüglich erwähnt Ufuk Gezer, der Gesandter der Botschaft und Mustafa Songür der Botschaftsrat an der Botschaft der Republik Türkei in Berlin beschreiben, bei einem Arbeitspapier von der Bundesakademie für Sicherheit folgendes:

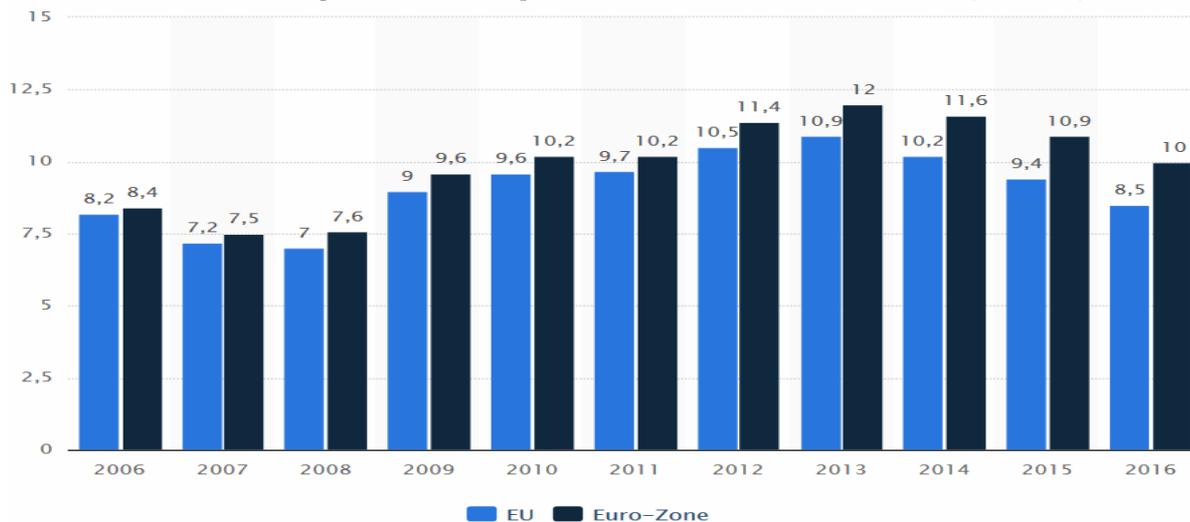
*„befeuerte die Flüchtlingskrise europaweit sowohl den Zulauf zu rechtspopulistischen Parteien als auch die Islamfeindlichkeit. So konnte beispielweise die Alternative für Deutschland (AfD), welche den Islam als unvereinbar mit dem deutschen Grundgesetz ansieht, bei den Landtagswahlen in Deutschland im März 2016 aus dem Stand zweistellige Ergebnisse erzielen. Mit ihrer populistischen Haltung greift die Partei gezielt Bedenken innerhalb der deutschen Bevölkerung auf, dass die mehrheitlich aus Ländern wie Syrien, dem Irak und Afghanistan stammenden Flüchtlinge und Migranten überwiegend Muslime sind und sich daher nur schwerlich oder gar nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren lassen würden. Als Ausdruck zunehmender Feindseligkeit gegenüber Migranten stieg in 2015 die Zahl von Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und Übergriffen auf Flüchtlinge in Deutschland erheblich an und erreichte mit über 1.000 gezählten Vorfällen ein Allzeithoch“ (Gezer, Songür, 216: 1-2).*

Es wurde zwischen der Türkei und der EU Länder des Jahres 2015 und Anfang des Jahres 2016 im Rahmen der Flüchtlingskrise ein Visaliberalisierungsprozess (Visabefreiung) geführt. Bezüglich wurde eine Absichtserklärung unterschrieben. Laut diese Absichtserklärung sollte die Türkei die illegale Flüchtlinge, die über die Türkei nach Europa geflüchtet sind zurücknehmen und wie viel die Türkei zurückgenommen hat, registrieren und sie wieder nach Europa legal schicken. Im Gegenzug erklärte die EU sich bereit, den Schengen-Staaten die Aufhebung der Visapflicht für türkische Staatsbürger bis zum Oktober 2016 zu ermöglichen (Saufert, 2015: 2). Mit dieser Absichtserklärung verfolgten die europäischen Länder und die Türkei drei wesentliche Ziele: erstens, das Sterben in der Ägäis zu beenden. Zweitens das Geschäftsmodell der Schleuser zu zerschlagen. Drittens Ersetzen der irregulären Migration durch reguläre Migration mithilfe des Neuansiedlungsprogramms (Gezer, Songür, 216: 3). Die EU und die Türkei konnten diese verfolgten und geplanten Ziele nicht erreichen, weil die Absichtserklärung nicht auf ein Abkommen zwischen der beiden Seiten umgewandelt werden konnte. Naher ist das Projekt, in dem es die Visaliberalisierung und die Rücknahme der illegalen Flüchtlinge gibt, gescheitert. Der Grund für das Scheitern dieses Projekt könnte auch erklärt werden: Weil die Visabefreiung für die türkischen Staatsbürger in der EU, im Rahmen der reguläre und/oder irreguläre Flüchtlinge (Migration) diskutiert wurde, wollten die EU-Staaten die Visabefreiung für die türkischen Staatsbürger im Schengen-Raum nicht geben. Es gibt viele baltische und Balkan Staaten, die die Visabefreiung im Schengen-Raum haben, obwohl sie sozioökonomisch und wirtschaftspolitisch schwächer als die Türkei sind. Zusammenfassend, das Scheitern der Visabefreiung und des Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei kann durch die steigende Türkenfeindlichkeit in Europa erklärt werden.

#### **4. Die Wirtschaftspolitische und Sozioökonomische Lage Europas**

In einem Staat beeinflussen die wirtschaftlichen Entwicklungen die Lage der sozialen und politischen Prozesse. Das geringe oder gar wenig anhaltende Bruttoinlandsprodukt und das nicht existierende Wirtschaftswachstum verursacht in der EU die Zunahme des Rassismus und die Rechtsextremistischen Erklärungen. Der steigende Rechtsextremismus polarisiert die Menschen und dann entstehen parallel Gesellschaften. Wenn die Arbeitslosigkeit und das nachlassende Einkommen der Familien in der EU weiter steigt, interpretieren die europäischen Bürger, dass die die Migranten, Flüchtlinge (allgemein türkische Moslems) daran schuld sind. Nach dieser Verallgemeinerung nahm die Türkenfeindlichkeit in der EU zu.

Abbildung 1: Die Arbeitslosenquote der EU und Euro-Zone von 2006 bis 2016 (im Prozent)

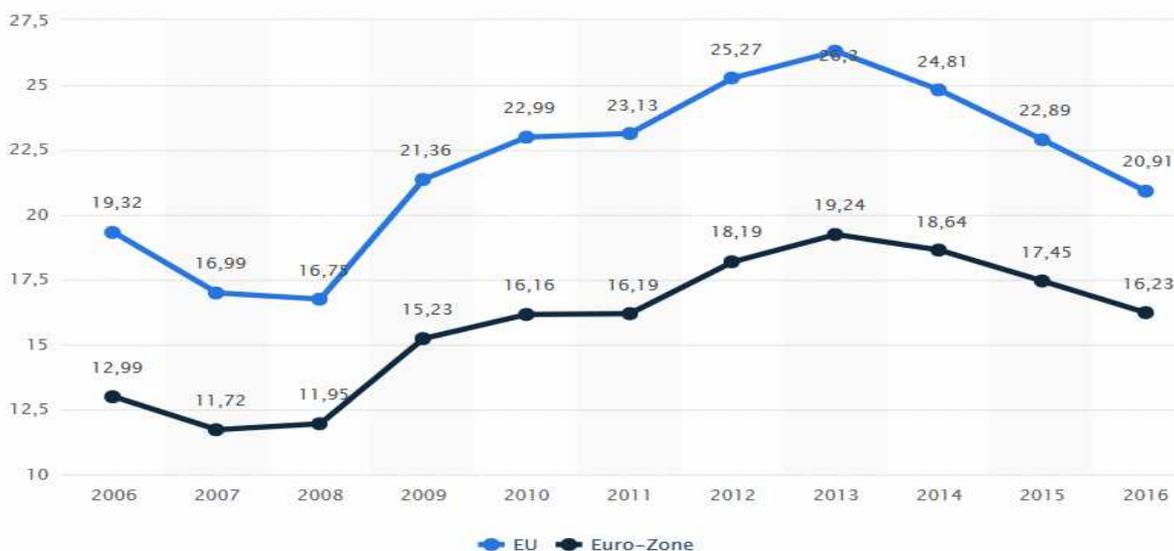


Quelle:

Statista: Das Statistik-Portal vom Eurostat. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156283/umfrage/entwicklung-der-arbeitslosenquote-in-der-eu-und-der-eurozone/> abgerufen am 05.05.2017

Wie oben auf der Abbildung 1 ersichtlich ist, war die Arbeitslosenquote in der EU im Jahresdurchschnitt 2016 bei 8,5 %. Am selben Jahr lag die Arbeitslosenquote in der Euro-Zone bei 10 %. Zwischen den Jahren 2006 und 2016 war die höchste Anzahl der Arbeitslosen in der EU, im Jahre 2013 bei 10,9 % und im selben Jahre in der Euro-Zone war es 12 %.

Die Abbildung 2: Die Anzahl der Arbeitslosen in der EU und der Euro-Zone von 2006 bis 2016 (in Millionen)



Quelle: Statista: Das Statistik-Portal vom Eurostat. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/250170/umfrage/arbeitslosenzahl-in-eu-und-euro-zone/> abgerufen am 05.05.2017

Laut Eurostat und wie der oben stehenden Abbildung 2 zeigt, dass die Anzahl der Arbeitslosen in der EU im Jahre 2016 rund 20,9 Millionen Menschen sind. Und gleichzeitig am selben Jahre waren in der Euro-Zone rund 16,2 Millionen Menschen arbeitslos.

Die Statistiken zeigen wie viel Prozent und wie viel Millionen in Europa arbeitslos sind. Aber es gibt keine Statistiken wie viele Menschen, die in der EU in Schulung sind. Es gibt in der EU viele Arbeitslose, die Schulung machen und nicht als Arbeitslos registriert sind. Obwohl die Schulung Machende auch wie arbeitslos registrierte bekommen ganz wenig oder gar kein Geld vom Staat.

### 5. Unabhängige und Souveränitäts Politik der Türkei

Die Türkei ist an fast an allen internationalen großen Organisationen und Unionen beteiligt. Die wichtigsten Gemeinschaften sind UNO, G-20, OECD, NATO, OSZE, Europarat (Gründungsmitglied), islamische Konferenz (Gründungsmitglied) und zudem ist sie ein Beitrittskandidat der EU. Seit 2002 wird die Türkei von der konservativ-islamisch orientierten AKP Partei (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) regiert. Nach dem die AKP an die Macht kam, erlebt die Türkei große Transformationsprozesse, sowohl in der Außenpolitik als auch in innenpolitischen Belangen. Die Türkei hat



auf dem Weg zur Stabilität und Rechtsstaatlichkeit viele innenpolitische Reformen umgesetzt, welche zu mehr Demokratie geführt haben. Deswegen zeigt sich die Türkei mit dieser Entwicklung und durch Präsident Erdoğan's Führung in der Außenpolitik immer mit überregionalen Ambitionen und als regionale Führungsmacht.

Präsident Erdoğan's Aussagen werden von den westlichen Staaten, so verstanden, dass die Türkei zwischen dem Osten und dem Westen eine Regionale Führungsmacht werden will. Erdoğan erklärte erstmals vor dem Plenum, das im Jahre 2013 in Wien stattgefundene UN-Generalversammlung, „die Welt sei größer als die fünf UN-Vetomächte, in deren Händen die ganze Welt liege. Somit könne der Sicherheitsrat keine Gerechtigkeit gewährleisten. Fünf Staaten könnten nicht allein Entscheidungen treffen, es wäre viel besser, wenn beispielsweise 20 Länder die Interessen von anderen Staaten im UN-Sicherheitsrat repräsentieren würden. Diese sollten dabei ständige UN-Mitglieder sein“ (Suputnik, 2016)

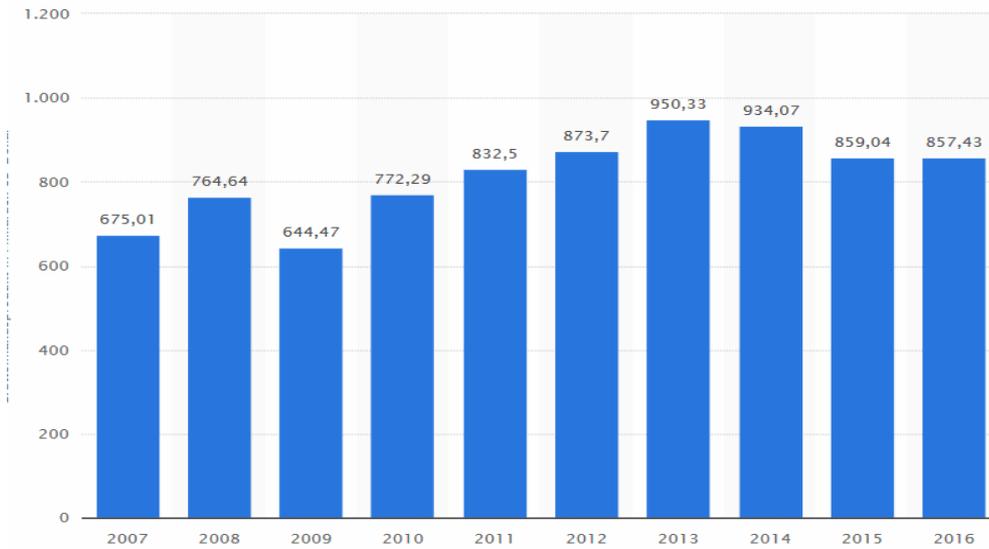
Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen besteht aus fünfzehn Mitglied-Staaten. Von diesen fünf Staaten sind USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien ständige Mitglieder und haben als solche Veto-Recht und die anderen zehn Staaten sind nicht ständige Mitglieder (Bardel, 2013: 8-9). Präsident Erdoğan kritisiert, dass der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen in mehreren weltweiten Krisen versagt hat. Er bemüht sich wie in der Türkei für ein friedliches Zusammenleben im Nahen Osten herzustellen und im Allgemeinen für eine friedlichere Welt zu sorgen. Zusätzlich betonte er vor der letzten UN Versammlung die Flüchtlingskrise. Das die Türkei aus Syrien 2,7 Millionen Flüchtlinge aufgenommen und für die gesamten Flüchtlinge (über 3 Mio.) gab die Türkei 25 Milliarden US Dollar aus (Webseite der Presidency Of The Republic Of Turkey, 2016). Er meinte, dass die EU und UN, die Türkei bei der Flüchtlingskrise im Stich gelassen haben.

Wie oben erwähnt wurde, wurde im März 2016 zwischen der Türkei und der EU ein Flüchtlingspakt geschlossen. Dieser geschlossene Flüchtlingspakt sieht unter anderem vor, dass die EU alle Migranten, die illegal über die Türkei auf die griechischen Inseln kommen, zurückschicken kann. Im Gegenzug hat die EU unter anderem zugesagt, nach Erfüllung von 72 Voraussetzungen (seitens der Türkei) die Visumpflicht für türkische Staatsbürger aufzuheben. Die Türkei hatte davon, außer Terror Verbrecher, fast alle Voraussetzungen tatsächlich erfüllt bzw. die EU verlangte von der Türkei, dass die Türkei für die Terroristische Organisationen PKK und PYD noch mehr demokratische Spielraum geben soll. Die Türkei reagierte dagegen aus ihren sicherheitlichen Gründen. Daher konnte der Flüchtlingspakt nicht realisiert werden (SETA, 2017). Der erfolglos laufende Prozess des Flüchtlingspakts verursachte zwischen der Türkei und der EU immer mehr zunehmende Vorwürfe. Deren Ereignisse brach die gegenseitige Aufhetzung, beleidigende Erklärungen von PolitikerInnen und am Ende kam die wieder wachsende Türkenfeindlichkeit in Europa heraus.

Die Türkei hat 15. Juli 2016 ein Putschversuch gehabt. Durch diesen Putschversuch sind 248 Menschen gestorben und über 2 tausend Menschen sind verletzt worden (Cumhurbaşkanlığı Genel Sekreterliği, 2016: 4). Auf der einen Seite reagierten die europäischen Staaten gegen diesen undemokratischen Versuch zu spät, auf der anderen Seite kritisierten die EU, die Türkei sehr scharf und beschuldigten, dass die Türkei die anders denkende verfolgt, einschränkt und die Meinungsfreiheit verhindert usw. Aber die Türkei musste damals aus ihren sicherheitlichen Gründen einen Ausnahmezustand verhängen, damit die putschistische Terroristen (FETÖ) vom Staat zu beseitigen.

Durch den gescheiterten Putschversuch, Flüchtlingspakt, die Diskussion bezüglich Aufhebung der Visumpflicht für türkische Staatsbürger zur EU und die türkische Migranten in Europa usw. wurde die Türkei in den europäischen Medien sehr Präsenz und einseitig dargestellt. Diesen Prozess verursachte die zunehmende Türkenfeindlichkeit (und/oder Phobie) in Europa.

Die Abbildung 3: das Bruttoinlandsprodukt der Türkei in jeweiligen Preisen von 2007 bis 2016 (in Milliarden US-Dollar)



Quelle: Statista. Das Statistik-Portal. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14416/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-der-tuerkei/>, abgerufen am 05.05.2017

Die Abbildung 3 zeigt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Türkei zwischen dem Jahre von 2007 bis 2017. Das BIP ist ein wichtiger Indikator für die Wirtschaftskraft eines Staates. Es bezeichnet den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die im betreffenden Jahr innerhalb der Landesgrenzen hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen (Statista, 2017). Wie auf der Abbildung 3 ersichtlich ist beträgt das BIP der Türkei im Jahr 2016 857,43 Milliarden US-Dollar. Im Jahre 2013 lag das türkische BIP 950,33 Milliarden US Dollar.

Das steigende BIP der Türkei ermöglicht, damit die Türkei in der Außenpolitik sozioökonomisch und wirtschaftspolitisch mehr Spiel Raum und mehr Engagement haben kann. Je mehr die Türkei in der Außenpolitik eine Rolle spielt, desto mehr nimmt die gegenseitige Aufhetzung der PolitikerInnen, die seitens der EU und der Türkei zu. Diese politischen, wirtschaftlichen und Gesellschaftlichen Entwicklungen verursachen eine steigende Türkenfeindlichkeit in Europa.

## 6. Schluss

In diesem Artikel wurde die Darstellung der TürkInnen in dem europäischen öffentlichen Raum zusammengefasst, die Hintergründe der steigenden Türkenfeindlichkeit untersucht und die folgende Fragen gestellt: Wie die geschichtliche Ereignisse (wie Türkenbelagerung Wiens) über die Gegenwart im Rahmen der Türkenfeindlichkeit Aussagen hat. Welche Auswirkungen der arabische Frühling (Flüchtlingskrise) auf die Darstellung der TürkInnen in Europa hatte. Letztlich wie beeinflusste die Lage der türkisch-europäischen wirtschaftlichen Entwicklung die steigende Türkenfeindlichkeit.

## LITERATURVERZEICHNIS

- AYATA, A. (2016). „Die Türkei Zwischen Europäischer Union und Den USA“, *The Journal of International Social Research*, Cilt: 9, Sayı:42, s.441-448
- AYATA, A. (2014). „Osteuropa im Zuge Der EU Integration, Identität und Kulturelle Vielfalt in Europa“, *The Journal of Academic Social Science*, yıl: 2, sayı: 2/2, Haziran, s.44-57
- ARAL, B (2013). „Birleşmiş Milletler ve Uluslararası Eşitsizlik“, *SETA (Siyaset, Ekonomi ve Toplum Araştırmaları Vakfı) Analiz*, 3 Eylül, Sayı:72
- CUMHURBAŞKANLIĞI (2016). „15 Temmuz Darbe Girişimi ve Milletın Zaferi“, *Cumhurbaşkanlığı Genel Sekreterliği*, 2016, Birinci Baskı: Ağustos 201
- ERCAN, M. (2014). „Ortadoğu'nun Kanayan Yarası Suriye Krizi; Nedenleri ve Sonuçları, Beynelminel“, *Uluslararası Haber Yorum Dergisi*, Yıl: 2 Sayı: 3, Ocak-Mart/2014 / 3
- ERCAN, M. (2012). „Ortadoğu' da Değişim Rüzgârları: Tunus, Mısır ve Libya Örneğinden Sonra Suriye' deki Gelişmelerin analizi, Siyaset, ekonomi ve Toplum üzerine“, 3. *Uluslararası Mavi Karadeniz Kongresi, Uyuşmazlık Çözümü, İşbirliği ve demokratikleşme* (04.10.2012 - 06.10.2012)
- GEZER, U, Songür Mustafa (2016). „ Die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der EU in der Flüchtlingskrise Eine türkische Perspektive“, *Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Bundesakademie für Sicherheit*, Nr. 14,
- RAUSCHER, P. (2009). *Die Erinnerung an den Erbfeind, Die Zweite Türkenbelagerung Wiens 1683 im öffentlichen Bewusstsein Österreichs im 19. und 20. Jahrhundert*, [<http://homepage.univie.ac.at/peter.rauscher/erinnerung-an-den-erbfeind.pdf>].



- SEUFERT, G. (2015). „Die Türkei als Partner der EU in der Flüchtlingskrise, Ankaras Probleme und Interessen“, *Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit*, SWP-Aktuell 98 Dezember.
- STATISTA (2017). „Das Statistik-Portal“. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156283/umfrage/entwicklung-der-arbeitslosenquote-in-der-eu-und-der-eurozone/> abgerufen am 05.05.2017
- SPUTNIK (2016). „Erdogans Rede über Den UN-Sicherheitsrat“ <https://de.sputniknews.com/politik/20160921312645518-erdogan-un-reformen/> abgerufen am 29.11.2016
- ÖZALP, Mustafa (2017). „Die Diplomatische Eiszeit Zwischen Der Türkei und Österreich“, *The Journal of International Social Research* Cilt: 10 Sayı: 49, Volume: 10, Issue: 49, April
- SETA Vakfı Konferansı (2017). Türkiye-Avrupa Birliği İlişkileri Nereye Gidiyor?, <https://www.youtube.com/watch?v=8Sw2SDPhSKo> abgerufen am 10.04.2017
- VOLK, T. (2015). „Welcher Islam gehört zu Deutschland? Differenzierungen in einer prominenten Debatte“, *Schwerpunkt, Die Politische Meinung*, März/April 2015, 60. Jahrgang Nr. 531.
- Webseite der Presidency of The Republic of Turkey (2016). „Birleşmiş Milletler 71. Genel Kurulu’nda Yaptıkları Konuşma“ 20 Eylül 2016 <https://www.tccb.gov.tr/konusmalar/353/52364/birlesmis-milletler-71-genel-kurulunda-yaptiklari-konusma.html>. Abgerufen am 30.11.2016
- Nach EU-Votum: Erdogan droht mit Grenzöffnung für Flüchtlinge, [http://www.huffingtonpost.de/2016/11/25/erdogan-turkei-fluchtlng\\_n\\_13220318.html?utm\\_hp\\_ref=germany](http://www.huffingtonpost.de/2016/11/25/erdogan-turkei-fluchtlng_n_13220318.html?utm_hp_ref=germany)